



Tägliche Omaha Tribune

PUBLISHED AND DISTRIBUTED UNDER PERMIT (No. 94), AUTHORIZED BY THE ACT OF OCTOBER 3, 1917, ON FILE AT THE POST OFFICE OF OMAHA, NEBR. BY ORDER OF THE PRESIDENT A. S. BURLINSON, POSTMASTER-GENERAL

35. Jahrgang.

Omaha, Neb., Montag, den 23. Februar 1920

4 Seiten—No. 296

England kündigt auf Frieden mit Rußland

Die liberale Presse verlangt sofortige Berücksichtigung des von der russischen Sowjet-Regierung gemachten Friedensanerbietens

Regierungsorgan Chronicle stößt in's selbe Horn

London, 23. Febr.—Die liberale Presse des Landes dringt darauf, daß Schritte getan werden, den Frieden mit Rußland zu beschleunigen. Der Rat der Premier hat nunmehr seine Sitzungen aufgenommen und beschäftigt sich in der Hauptsache mit der russischen Frage und dem Zustandekommen des Friedens mit der Sowjetregierung. Hervorragende militärische Führer und Beamte bringen in Petitionen an den Obersten Rat darauf, daß Friedensverhandlungen aufgenommen werden. Die Presse verlangt, daß dieser Angelegenheit sofortige Aufmerksamkeit geschenkt werde, um so mehr, da keine neue Offerte gemacht haben soll.

Es wird als bezeichnend betrachtet, daß der Chronicle zum ersten Male sich diesem Appell angeschlossen hat, denn die genannte Zeitung ist ein ausgesprochenes Regierungsorgan. „Keiner der Alliierten“, heißt es in einem in Chronicle erschienenen Artikel, „wird Rußland zu wissen, was durch weiteres Zögern der Alliierten, den Frieden anzubahnen, erreicht werden kann.“

Gompers opponiert Arbeiterpartei

Dritte Partei würde den Interessen der Arbeiterfeinde, nicht der Arbeiter dienen.

Washington, 23. Febr.—Die Bildung einer politischen Arbeiterpartei würde „den Interessen der Arbeiter schädlich sein und den Wünschen derer entsprechen, die die Arbeiter zu unterdrücken suchen“, erklärte Samuel Gompers in einem Brief an den Arbeiterführer Mitch von Indiana. Die Staatsarbeiterpartei von Indiana hat sich gegen den Beschluß der U. F. of A. erklärt, daß die Arbeiter, ohne eine eigene Partei zu bilden, innerhalb der alten Parteien ihre Freunde erziehen und ihre Gegner besiegen sollten. Mitch kündigte die Stellungnahme der Arbeiterpartei Indianas Gompers in einem Telegramm an. In seiner Antwort bezeichnet Gompers die Bildung einer Arbeiterpartei als „verderblich für die Interessen der Arbeiter und aller vorausschauenden Leute des Landes. Die auf einen Arbeiterkandidaten entfallenden Stimmen würden, falls kein Arbeiterkandidat aufgestellt wird, dem besten Mann zufließen. In keinem Fall würden sie einem Feinde der Arbeiter zugute kommen. Die Arbeiterkandidaten können auf keinen Erfolg hoffen. Daher wird eine politische Arbeiterpartei unsere Freunde besiegen und unsere Feinde erziehen.“ Diejenigen, welche gegen die Lehren der Gegenwart und Vergangenheit blind sind, werden dem Verderben und dem Unheil entgegengehen. Dies kann die amerikanische Arbeiterbewegung nicht tun. Sie muß die Kräfte der Arbeiterparteien zur Verfügung haben und kann nicht mit den verächtlichen Marschen zu tun haben, die nur den Zweden der Arbeiterfeinde dienen.“

Fleischpreise müssen fallen, sagt Palmer

Chicago, 23. Febr.—Die Fleischhändler des Landes müssen ihre Preise in demselben Maße herabsetzen, wie die Engrosfleischpreise fallen, widrigenfalls ihre Käufer zur Kontrolle ihres Profits von Bundesbeamten untersucht werden sollen. Der Generalanwalt Palmer hat an alle Distriktsanwälte Instruktionen erteilt, alle Fleischhändler in den vier Staaten hierin in Kenntnis zu setzen. „Seit drei Monaten ist der Preis für Fleisch im Großhandel gefallen“, laut Palmer. „Die Händler haben sich darauf berufen, daß ihre Vorräte noch zu den höchsten Preisen eingekauft worden seien. Diese Vorräte sollten nachgerade aufgebraucht sein, und wenn die Preise nicht fallen, müssen wir die Profite der Händler untersuchen.“

Lehnen sich gegen die Prohibition auf

In Nord-Michigan wird einem Prohibitionsagenten vom Staatsanwalt übel mitgespielt.

Chicago, 23. Febr.—Bundes-Prohibitionsbeamte des Chicagoer Distrikts befinden sich heute auf dem Wege nach Iron County, im nördlichen Teil Michigans, um eine angebliche „Whiskey Revolte“ zu unterdrücken. Major A. B. Dalrymple, Prohibitionschef der zentralen Division, steht an der Spitze jener Bundesbeamten, die Chicago gestern spät abends verließen, um sich nach Iron River, Mich., zu begeben. Vor der Abreise erklärte Dalrymple, daß sich jene County in „offener Revolte“ gegen die Inkraftsetzung der Prohibition befinde. Major Dalrymple hat etwa 40 Bundesagenten und ebenso viele Staatsfonstapler mit sich genommen und hatte vor seiner Abreise noch eine telefonische Unterredung mit dem Prohibitionsamt in Washington, verlangend, daß Verhaftungen gegen den öffentlichen Ankläger von Iron County, zwei Polizisten, fünf Deputy-Sheriffs und drei andere Leute ausgestellt würden. Nachricht von der angeblichen Revolte wurde von Leo J. Grove, Prohibitionsagent im oberen Michigan, hierher gebracht. Die Grove sagte, hatten er und mehrere Staatsfonstapler Hausdurchsuchung in dem von John Stone und Joseph Scalacci geführten, fünf Meilen von Iron River befindlichen Laden gehalten und 11 Faß Wein beschlagnahmt. Die Geschäftseigentümer wurden verhaftet.

Während sich um die Prohibitionen mit dem Wein und den Verhaftungen auf dem Wege nach Iron River befanden, wurde ihnen von dem Countyanwalt von Iron County, W. S. McDonough, dem Polizeichef Seniba, dem Polizeikommissar Brown und dem Deputy-Sheriff Allen von Iron River der Weg verlegt. Grove legte McDonough Beweise vor, daß er Bundesbeamter sei, wie Grove sagt, soll sich dieser geäußert haben, „das Dokument ist nicht das Papier wert, worauf es geschrieben ist“. Dann gab er dem Führer des Schiffs, der mit dem konfiszieren Wein beladen war, Befehl, wieder umzukehren. Dieser kam dem Befehl nach, ohne sich um Grove's Gegenbefehl zu kümmern. Letzterer wurde, wie er sagte, übermäßig seiner Papiere beraubt und schließlich sogar unter der Verhinderung verhaftet. „Spirituosen zu transportieren. Später in dessen wurde er aus seiner Haft entlassen. Der Wein aber wurde den Eigentümern wieder zugeführt.“

Vergiftete Oliven noch im Handel

Chicago, 23. Febr.—Die Nahrungsmittelinspektoren, sowohl der Bundesregierung als der Staaten, tun alles, was in ihren Kräften steht, um die weitere Verbreitung von gewissen Marken eingekauften Oliven zu verhindern, da diese den tödlichen Bazillus botulinus enthalten. Die betreffenden Marken sind „Batavia“, „Hendell“ und „Michele“. Mit reifen Oliven mit Bismuto giftig, kommen in Betracht. Sie sind in 6 Unzen Flaschen eingekauft. Die Oliven wurden 1918 von einer Firma in Californien eingekauft und werden durch das Handelshaus Sprague-Barnes & Company, Chicago, vertrieben. Alle Flaschen führen außer der Marke den Namen der Chicagoer Firma. Der Bazillus botulinus ist ein tödliches Gift, das seit 1899 bekannt ist. Es ist ein Fäulniserreger, der sich durch den eigentümlichen Geruch der infizierten Lebensmittel bemerkbar macht. Bis heute sind aus den acht Staaten, in denen die Chicagoer Firma die Oliven abgibt, hat keine Todesfälle berichtet worden, und man glaubt, daß die Warnung der Autoritäten den Verkauf derselben bereinigt und die Todesgefahr beseitigt hat.

Die ersten Volkszählungsberichte.

Washington, 23. Febr.—Die ersten Berichte über die Volkszählung von 1920 sind vom Zensusbüro veröffentlicht worden. Sie betreffen Cincinnati und Washington. Cincinnati hat 401,158 Einwohner gegen 363,591 im Jahre 1910, eine Zunahme von 10,3 Prozent. Washington zählt 437,414 Köpfe gegen 331,069 im Jahre 1910, eine Zunahme von 32,1 Prozent.

H. E. Admiral nicht abberufen.

Paris, 23. Febr.—Kontre-Admiral Philip Andrews, der das amerikanische Geschwader im adriatischen Meer kommandiert, soll nach einer Savasbesche aus Rom wegen der Unruhen in Spalato abberufen worden sein. Diese Nachricht wird vom Marineattaché Daniels als eine Erfindung bezeichnet.

Die schreckliche Not in deutschen Ländern

Ottomar B. Schaeffer von Omaha durch die Lebensmittelnot zur schmerzlichen Rückkehr nach Amerika veranlaßt.

Indem wir heute den neuesten Finanzbericht des Hilfsfonds für Mitteleuropa veröffentlichen, können wir nicht umhin darauf aufmerksam zu machen, daß weitere Gaben dringend erwünscht und notwendig sind, um die zunehmende Not in deutschen Ländern zu lindern. Das deutsche Volk macht den schrecklichsten Winter durch; aus all den Briefen, die jetzt eintreffen, geht es hervor, daß der Mangel an Lebensmitteln ein gar zu greifbar ist. In vielen Gegenden herrscht Hungersnot. Wir haben dafür hier in Omaha jetzt den besten Beweis erhalten.

Vor kurzen veröffentlichte die Tribüne einen Brief des Herrn Ottomar B. Schaeffer aus Deutschland, worin er zum Erkennen vieler u. a. sagte, amerikanische Lebensmittel bedürfen nicht so viele Lebensmittelmittel zu senden. Den Brief hatte er gleich nach seiner Ankunft dranhier geschrieben. Jetzt hat aber Herr Schaeffer seine Ansicht vollständig geändert, denn dieser Lage schrieb er seiner Frau, daß die Lebensmittelnot ihn dazu veranlaßt hat, seinen Aufenthalt in Deutschland abzugeben und sofort die Heimreise nach Amerika anzutreten. Man könne sich denken, wie einfach nicht mehr so sein.

Finanzbericht.

Bisher kollektiert und veröffentlicht	\$32,093.58
Geny Budgeter, Rippon, Kansas	6.00
Theod. Serd, Inwood, Ia.	10.00
Woman's Missionary Society of Reformed Church, Jutan, Neb.	15.00
G. Fischer, Jutan, Neb.	10.00
Geny Hoff, Edgar, Nebraska	5.00
Valent. Student, Carroll, Ia.	5.00
Zeit.	\$32,144.58
Gulau Hauelsen, Finanz-Sekt., 1423 Leavenworth Str.	

Wehrminister Noske warnt die Streiker

Berlin, 23. Febr.—Auf der in Hamburg stattgefundenen Konvention der Arbeiterparteien wiederholte Reichswehrminister Noske seine bereits vorher abgegebene Erklärung, daß er alle Versuche der Bergleute, den Sechshunderttag einzuführen oder den Bahndienst zu lähmen, energig bekämpfen werde. „Wenn tausende Bahnangestellte erklären, sie haben an der Regierung den Bürgerkrieg und verweigern sie zu erteilen, wenn immer sie wollen, dann habe ich als Reichswehrminister keinerlei Bedenken, sie zu erschmettern.“

Erzberger's Attentäter erhält 18 Monate Haft

Berlin, 23. Febr.—Der Rabett v. Giesfeld, welcher unlangst auf den Finanzminister Erzberger ein Attentat verübte und ihn ver wundete, wurde zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. Von dem Staatsanwalt befragt, was ihn zu der Tat veranlaßt habe, erklärte Giesfeld: „Ich war, nachdem ich Hefersich's Prospektüre „Fort mit Erzberger“ gelesen hatte, überzeugt, daß Erzberger im eigenen Interesse englischen Geldinteressen dienete; dazu kam, daß Erzberger seine Meinung über gewisse Anzeigerfragen änderte. Es war indessen nicht meine Absicht, Erzberger zu töten; er wollte ihn nur verwunden, damit er mehrere Wochen lang das Bett hüten müsse. Verstehe, die Giesfeld auf dessen geistigen Zustand untersuchen, erklären, daß es die Tat eines Fanatikers, der Sinnestäuschungen unterworfen ist, gewesen sei.“

Forthy zu Ungarn's Regenten erwählt

Bafel, 23. Febr.—Nicholas Forthy, Oberbefehlshaber der ungarischen Armee, ist dem Vernehmen nach von der ungarischen Nationalversammlung zum Regenten des Landes erwählt worden.

Eisenbahnunglück.

Laredo, Tex., 23. Febr.—Ein Passagierzug entgleiste zwischen Jalapa und Vera Cruz, Mexiko. Dreizehn Personen kamen ums Leben und über 20 wurden verletzt.

Abstimmung über Einwände

Demokraten beginnen die Fahren der Administration zu verlassen; zehn stimmen für Vorbehalt.

Washington, 23. Febr.—Der erste Vorbehalt zum Friedensvertrag, der sich auf das Recht der Ver. Staaten bezieht, nach eigenen Gutdünken aus der Völkerliga auszutreten, wurde genau in der Fassung vom letzten November mit einer größeren Mehrheit angenommen, nachdem die „Unberühmten“ jeden Versuch, Milderung zwecks eines Kompromiß herbeizuführen, vereitelt hatten. Obgleich vier Demokraten die Fahne Hitchcoks verließen, herrschte im allgemeinen die Meinung, daß die Debatte sich hauptsächlich um das Eingehen des Friedensvertrages in die Wahlkampagne handelte. Senator Johnson, Californien, selber ein Präsidentschaftskandidat, stellte die von Elihu Root in New York abgegebene Erklärung, daß die Vereinigten Staaten den Völkerbund mit den Vorbehalten beitreten sollte, um dann durch den nächsten republikanischen Präsidenten eine Reformkonvention vorzunehmen, als „außerordentlich albern“ hin. Sen. Lodge, Massachusetts, erklärte, daß eine Veränderung des Friedensvertrages „praktisch unmöglich“ sei, nachdem derselbe einmal angenommen worden sei, und Senator Borah, Idaho, gab seine Absicht kund, daß er den Kampf vor das Volk bringen werde, ohne Rücksicht auf Beschlässe der republikanischen Nationalkonvention zu nehmen. Der unveränderte Einwand wurde mit 45 gegen 20 Stimmen angenommen. Zehn Demokraten stimmten mit den Republikanern, darunter vier, die bisher treue Anhänger Wilsons gewesen waren. Einer derselben, Senator Murphy, erklärte: „Wenn wir unserer eigenen Überzeugung folgen und nicht der des Präsidenten, werden wir einen Vertrag erlangen.“ Senator Lodge wiederholte sein Ultimatum an die Demokraten, daß weder die Vorbehalte zum Artikel 10, noch die mit Bezug auf die Monroe-Doktrin wesentlichen geändert werden dürften. Sollten die Demokraten noch entschlossen sein, die Ratifikation von solchen Änderungen abhängig zu machen, so könnte der Senat die Beratungen geradezu sofort beenden.

Edwards Kandidat für Nationalkonvention

Will eine Anti-Prohibitionsmaßregel in das Parteiprogramm aufgenommen haben.

Atlantic City, N. J., 23. Febr.—Gouverneur Edwards von New Jersey hat seine Absicht erklärt, an der demokratischen Nationalkonvention in San Francisco teilzunehmen zu wollen, um für die Aufnahme anti-prohibitionsistischer Erklärungen in das demokratische Parteiprogramm einzutreten. Er kritisierte William Jennings Bryan, den er als „einen Mann ohne einen Staat“ bezeichnete, und erklärte, daß er nicht befürchte, daß Bryan der Partei ernstlich zu schaden suchen werde, wenn die Konvention einen Anti-Prohibitionsstandpunkt einnehmen würde. Edwards ist überzeugt, daß beide Parteien die Prohibitionsfrage als die wichtigste Streitfrage vor den Konventionen behandeln müssen. Edwards sagt, daß die Frage, wer der Kandidat der Partei sein werde, ihn fast lasse. Er wünscht die Prohibitionsfrage vor die Partei zu bringen, weil diese die Frage der persönlichen Freiheit und der Staatsrechte anschnide.

Schiffs-Renovierung ein teures Vergnügen

Washington, 23. Febr.—Der Kongreß wird bedeutende Geldmittel beizuliegen müssen, um die 30 deutschen Passagierdampfer, welche der Schiffsfahrtsauskunft verfallen sind, wieder in Stand zu setzen, behauptet Vorsitzender Barton Payne vom Schiffsfahrtsauskunft, wenn die Kontroverse über diese Schiffe zu ihrer Übernahme durch die Regierung führen sollte. Da die Dampfer zu Transporttransporten verwendet wurden, wird es nach Paynes Schätzung \$75,000,000 erfordern, dieselben wieder für die Passagierbeförderung in geeignete Verfassung zu bringen.

Türken bedrohen amerik. Anstalten

New York, 23. Febr.—Amerikanische Hospitalär, Waisenhäuser, Rettungsbücher und andere Anstalten in den Provinzen Marasch, Antab und Malatya, nördlichen Aleppo, und weitlich vom oberen Euphrat gelegen, werden durch die erneuten Angriffe der Türken auf die Amerikaner schwer bedroht, so wird vom Near East Relief Committee bekannt gegeben. Seit dem Abzug der britischen Truppen aus dem Distrikt erneuern die Türken ihre Waffens mit fanatischer Wut. In Marasch führen die Amerikaner Hospitalär für Erwachsene und Kinderheilstätten, vier Waisenhäuser, ein Asyl für Mädchen, ein theologisches Seminar und eine Mädchenschule. (Marasch ist eine Stadt von 50,000 Einwohnern, an einem der Hauptpässe des Taurus. Ungefähr die Hälfte der Einwohner sind türkischredende Armenier. Melak hat 30,000 Einwohner, Armentier und Kurden; Antab hat 45,000 Einwohner, drei Viertel türkisch. Die Red.)

Wichtige Woche für den Obersten Rat

Die russische Frage dürfte das Hauptthema in den Beratungen bilden; fast alle Reiche haben den Premiers Anliegen vorzubringen

Vereinigung Rumänien's mit Ungarn angestrebt

London, 23. Febr. (Von Ed. R. Keen, Korrespondent der United Press.)—Die Premiers Lloyd George und Pitt haben einer Wiederaufnahme der Handelsverbindungen mit Rußland zugestimmt, werden aber keine diplomatischen Beziehungen mit der Sowjet-Regierung aufnehmen, wurde vor dem Zusammentritt des Rats der Premierminister berichtet. Nach dem Bericht sind die beiden Premiers der Ansicht, daß die Handelsverbindungen angesichts der wirtschaftlichen Lage Europas unerbittlich aufgenommen werden sollten. Falls die Sowjet-Regierung ihre Lebensfähigkeit demonstrieren kann, müssen diplomatische Beziehungen den Handelsverbindungen notwendig folgen. Man will wissen, daß Premier Millerand, als Vertreter Frankreichs, den Vorschlag des britischen und italienischen Premiers annahm.

Edwards Kandidat für Nationalkonvention

Will eine Anti-Prohibitionsmaßregel in das Parteiprogramm aufgenommen haben.

Atlantic City, N. J., 23. Febr.—Gouverneur Edwards von New Jersey hat seine Absicht erklärt, an der demokratischen Nationalkonvention in San Francisco teilzunehmen zu wollen, um für die Aufnahme anti-prohibitionsistischer Erklärungen in das demokratische Parteiprogramm einzutreten. Er kritisierte William Jennings Bryan, den er als „einen Mann ohne einen Staat“ bezeichnete, und erklärte, daß er nicht befürchte, daß Bryan der Partei ernstlich zu schaden suchen werde, wenn die Konvention einen Anti-Prohibitionsstandpunkt einnehmen würde. Edwards ist überzeugt, daß beide Parteien die Prohibitionsfrage als die wichtigste Streitfrage vor den Konventionen behandeln müssen. Edwards sagt, daß die Frage, wer der Kandidat der Partei sein werde, ihn fast lasse. Er wünscht die Prohibitionsfrage vor die Partei zu bringen, weil diese die Frage der persönlichen Freiheit und der Staatsrechte anschnide.

England empört über Milde gegen Türkei

London, 23. Febr.—Unter scharfen Ueberrufen, wie „Der Weltfrieden ist bedroht“, appellieren mehrere Londoner Zeitungen an die Arbeiterverbände und das allgemeine Publikum, das Unterhaus mit Protesten zu bestürmen, um die Auslieferung Konstantinopels an die blutbedeckte Herrschaft der Türken zu verhindern. Diese Aufforderung wurde von vielen protestantischen und katholischen Kongregal wiederholt. Einflußreiche Parlamentarier, wie Viscount Bryce u. R. E. O'Connor, ziehen gegen den Beschluß des Obersten Rats zu Felde und werden von den „Times“, dem „Spectator“, „Manchester Guardian“, der „Westminster Gazette“ und anderen bedeutenden Zeitungen unterstützt. Die Times erklären, daß, während es sich nicht um eine Ausbreitung des türkischen Volkes handle, die türkische Forderung, der türkische Herrscher und die türkische Regierung nicht länger in Europa haben. R. E. O'Connor erwartet, daß ein großer Teil des amerikanischen Volkes das Verlangen des britischen Publikums unterstützen wird, „damit dieser Vertrag des Christentums und der Zivilisation nicht stattfindet.“ Er behauptet, daß die Ver. Staaten nicht das Mandat über die Türkei annehmen können, weil dadurch eine gerechte, tolerante und unheimliche Verwaltung gefördert würde, welche außer dem Bereiche der europäischen Eifersüchteleien stünde, die unfehlbar der Uebertragung gleicher Macht an eine europäische Regierung folgen würde.“ Er erklärt die Verurteilung der britischen Regierung, die Wegnahme Konstantinopels könne Indien mit einem mohammedanischen Aufstand bedrohen, für überflüssig, da Konstantinopel dem Islam nie eine heilige Stadt wie Mekka gewesen sei.

Englische Kriegsflotte bei Konstantinopel

London, 23. Febr.—Eine Reueigleitsagentur meldet heute, daß eine ungenügend starke britische Kriegsflotte im Bosporus eingetroffen und auf der Höhe von Konstantinopel vor Anker gegangen ist. Das Eintreffen der Flotte wird mit der kritischen Lage in der Türkei in Verbindung gebracht.

Deniskines Flotte tritt zu „Koten“ über.

London, 23. Febr.—Eine drahtlose Meldung von Moskau besagt, daß die Flotte Deniskines im kaspiischen Meer zu den Sowjettruppen übergegangen ist. An Stelle Deniskines kommandiert General Wrangel die „Weiße Armee“ in Südrußland.

Türken planen Ausbruch an Passagierschiffen.

Konstantinopel, 23. Febr.—Der „Mellendör“, das alliiertenfreundliche Organ der türkischen Liberalen, erklärt, daß die türkische Nationalpartei Pläne für ein Bündnis mit den Bolschewisten schmiedet.

Wetterbericht

Für Nebraska — Schnee heute abend und Dienstag. Wenig Wechsel in der Temperatur.